

Altersarmut

Eine Frage von Oben und Unten –
nicht jung gegen alt!

DIE LINKE.

THEMA

ALTERSARMUT: EINE FRAGE VON OBEN UND UNTEN – NICHT JUNG GEGEN ALT!

Viele Menschen kommen mit ihrer Rente nicht über die Runden – oft trotz jahrelanger Erwerbsarbeit. **Derzeit leben über 3 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.** Tendenz steigend. Betroffen ist vor allem, wer in einem schlecht bezahlten Job gearbeitet oder sich um Kinder oder Verwandte gekümmert hat – häufig also Frauen. Grund für diese Entwicklung sind die fatale Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, etwa der Ausbau des Niedriglohnsektors, und vor allem die Rentenkürzungen der vergangenen beiden Jahrzehnte.

Die Voraussetzungen für eine gute Rente werden am Arbeitsmarkt geschaffen. Daher fordern wir gute Arbeit und gute Löhne. Darüber hinaus will DIE LINKE das **Rentenniveau auf 53 Prozent erhöhen** und die **Regelaltersgrenze wieder auf 65 Jahre senken**. Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege wollen wir solidarisch ausgleichen, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. **Unser Ziel ist eine gesetzliche Rente, die wieder annähernd den Lebensstandard aller im Alter sichert.**

Solidarische Mindestrente: Falls das Alterseinkommen trotz der Verbesserungen im Rentensystem nicht ausreicht, soll trotzdem kein Mensch im Alter von weniger als 1.200 Euro leben müssen. Unsere Solidarische Mindestrente ergänzt das Einkommen im Alter auf 1.200 Euro netto. Sie ist einkommens- und vermögensgeprüft und wird aus Steuern finanziert.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** will das Rentenniveau dauerhaft bei (zu) niedrigen 48 Prozent stabilisieren und lobt sich für die eingeführt Grundrente. **Die Grünen** wollen ab 30 Beitragsjahren eine »grüne Garantiesicherung«, die die GRV auf ca. 950 Euro aufstockt. **FDP** und **CDU** setzen auf mehr private Vorsorge in Form der »Aktienrente« bzw. der Generationenrente. Auf konkrete Maßnahmen gegen Altersarmut verzichten beide weitestgehend. Die **AfD** will einen Freibetrag in der Grundsicherung auf Altersrenten von 25 Prozent.

LINKE Gegenargumente

Sowohl die eingeführte, äußerst bürokratische Garantierente der SPD als auch die Vorschläge der Grünen reichen nicht aus, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen, denn die **Armutsschwelle liegt derzeit bei ca. 1.200 Euro**. CDU und FDP blenden das Problem der Altersarmut gleich ganz aus. Stattdessen wollen sie die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) im Interesse der Arbeitgeber weiter aufweichen. Insbesondere die gescheiterte Riester-Rente und die anhaltende Niedrigzinsphase haben gezeigt, dass kapitalgedeckte Anlageformen keineswegs so hohe Renditen abwerfen wie versprochen. **Stattdessen muss das Umlageverfahren der GRV stärker solidarisch ausgestaltet werden und alle Erwerbstätigen mit einbeziehen. Dann ist ein höheres Rentenniveau auch zu finanzieren.**